Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Reisen, Wissen, Frauen", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., wöchentlich 45 Pf. Bringerlohn. Post-Zeitungsnummer 1.96 M. zuzügl. Post- u. Zustellgebühr. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12701. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Kompreßzeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 45 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachsendung 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 87 | Dresden, Sonnabend, den 12. April 1930 | 41. Jahrgang

Unterm Druck der Auflösung

Brüning droht - Hugenberg gibt nach - Der Verkopplungsantrag angenommen

Das Ziel der Leute, die wünschten, daß in Deutschland ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werde, ist zwar erreicht, aber es wird nicht viele geben, die an der jetzigen Regiererei gerade große Freude haben. Eine so grauenhafte Verwirrung, wie unter der Regierung Brüning, hat man in dem Deutschland der Nachkriegszeit überhaupt noch nicht annähernd erlebt, und so viel politischer Unfug ist kaum jemals getrieben worden, wie in den 14 Tagen der glorreichen Kanzlerschaft Brünings, des Mannes, der so eine Art eiserner Kanzler sein und die widerspenstigen Parteien zur Ordnung und Disziplin zwingen sollte. Der demokratische Zeitungsdienst, ein Organ der Demokratischen Partei, die sozusagen auch Regierungspartei ist, wirft die Frage auf, ob die Regierung überhaupt noch eine Uebersicht über das habe, was aus den täglich wechselnden Verhandlungen der Parteien herausgekommen sei. Statt des Weges ins klare habe man einen Weg ins ungewisse angetreten, man habe sich in Abhängigkeit begeben, von der man kaum Vorteile habe. Man stehe unter einem Druck, den man nicht abschütteln könne.

Der Sozialdemokratie wollte man nicht die verlangten Sicherungen für die Arbeitslosen zubilligen, aber jetzt macht man den Deutschnationalen und den Splitterparteien allerhand Zugeständnisse, die offenbar die Regierung Brüning und die hinter ihr stehenden Parteien sachlich nicht für berechtigt halten. Das gilt besonders für das Schielesche Agrarprogramm. Im Reichstag liegt ein Antrag der Regierungsparteien vor, daß das Agrarprogramm nur gemeinschaftlich mit den Finanzvorlagen in Kraft treten solle, und zwar hat man einen entsprechenden Paragraphen in Benzolzollgesetz eingefügt. Damit ist zugestanden, daß Regierung und Regierungsparteien die Agrarvorlagen nur schlucken wollen, um dafür die Annahme der Finanzgesetze durch die Deutschnationalen zu erkaufen. Dabei muß die Durchführung des Schieleschen Agrarprogramms verhängnisvolle Folgen für die deutsche Wirtschaft haben, nicht nur durch die drohende Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes, sondern auch weil große Gefahren für die deutsche Ausfuhr entstehen.

Im Steuerausschuß wurde inzwischen das geplante Gesetz über die Sonderumsatzsteuer für Einzelhandelsbetriebe mit einem Umsatz von mehr als einer Million Mark mit Hilfe der Deutschnationalen wieder geändert. Nach der jetzigen Fassung sollen zwar die Warenhäuser, aber nicht die Konsumvereine davon getroffen werden, denen durch diese Sonderumsatzsteuer 90 Proz. ihres Reingewinns weggesteuert werden sollte.

Es ist noch völlig unsicher, was schließlich aus den Deckungsvorlagen der Regierung werden wird. Die Bayerische Volkspartei hat man herumgekriegt, man hat sich mit ihr über die Biersteuer geeinigt. Aber bei den Deutschnationalen geht offenbar noch alles drunter und drüber. Bei einer Probeabstimmung der deutschnationalen Fraktion sollen sich nach einer Meldung der Vossischen Zeitung 27 Deutschnationale für und 25 gegen die Steuervorlagen der Regierung ausgesprochen haben. Darauf aber erfaßte Herrn Hugenberg grimmer Zorn, er drohte, er würde nicht zulassen, daß einer von den 27 Abgeordneten wieder aufgestellt würde, die gegen ihn aufgetreten seien. Zwölf Mitglieder der Fraktion verließen dann die Beratung, und nun erreichte Herr Hugenberg, was er wollte, die Abgeordneten Dr. Oberfohren und Graf Westarp teilten dem Reichskanzler, wie die Vossische Zeitung behauptet, mit, daß die deutschnationale Fraktion in der zweiten Beratung nicht für die Deckungsvorlagen stimmen werde. Allerdings sollen die Beratungen der deutschnationalen Fraktion noch nicht abgeschlossen sein, heute vormittag sollen sie fortgesetzt werden. Der Kanzler will es in der heutigen Reichstagssitzung mit Drohungen versuchen, die widerstrebenden Deutschnationalen kirrezumachen, er werde, so heißt es, in einer kurzen Erklärung feststellen, daß die Ablehnung des Antrages auf Verkoppelung der Steuervorlagen mit dem Agrarprogramm die Auflösung des Reichstages zur Folge haben werde. Auch der Reichsbankpräsident, Reichskanzler a. D. Luther, ist auf dem Kampfplatz erschienen und hat in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister seiner Sorge über die Verzögerung des Steuergesetzes Ausdruck gegeben. Er hat damit gedroht, daß die kurzfristigen Kredite des Reiches nicht prolongiert (verlängert) werden würden, wenn nicht die Deckungsvorlagen sofort angenommen werden. Zur Zeit läßt sich nicht übersehen, ob es schließlich doch Herrn Brüning noch gelingen wird, mit Ach und Krach seine übel zusammengeschusterten Deckungsvorlagen, gewürzt mit dem volksfeindlichen Schieleschen Agrarprogramm, durchzusetzen. Wenn nicht, so bleibt nichts anderes übrig als die Reichstagsauflösung. Dann würde sich recht schnell die Voraussage erfüllen, die ein Mitglied des Reichskabinetts unserm Genossen Tempel gegenüber machte: **„Wir werden an Hugenberg sterben."** Die Sozialdemokratie kann nach dem Anschauungsunterricht, der jetzt dem deutschen Volke mit einer Bürgerblockregierung gegeben wurde, dem Wahlkampf mit den besten Hoffnungen entgegensehen.

Bei Redaktionsschluß wird gemeldet:

Im Reichstag wurde der entscheidende Antrag der Regierungsparteien, wonach Finanz- und Agrargesetz gleichzeitig in Kraft treten, mit 217 gegen 206 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

(Bericht 3. Seite)

*

Der Gefrierfleischersatz

Schlechtes dänisches Kuhfleisch

Die Regierungsparteien berufen sich immer darauf, daß sie die Gefrierfleischeinfuhr durch Einfuhr frischen Fleisches ersetzen wollen. Hierüber soll die Einfuhr aus Dänemark (Rinder und Rindfleisch) in Frage kommen. Wahrscheinlich trägt man sich mit dem Gedanken, Dänemark ein entsprechendes Einfuhrkontingent zu gewähren.

Wir haben unsere Bedenken gegen die Ersetzung des zollfreien Gefrierfleisches durch frisches Fleisch bereits dargelegt. Diese Regelung bedeutet nichts anderes, als daß man Lebensmittel mit staatlichen Geldern zu verbilligen versucht. Man schafft gewissermaßen Almosenempfänger. Das ist eine nach vielfacher Richtung hin zu beanstandende Lösung. Wir befürchten auch, daß die Fleischverbilligung wohl den Fleischern, aber nicht den Verbrauchern zugute kommt, die bisher auf den Genuß von Gefrierfleisch angewiesen waren.

Bei dem Gefrierfleisch handelt es sich auch um Qualitätsfleisch. Die besten Tiere in Argentinien werden bekanntlich für die Gefrierfleischausfuhr verwandt. Die dänische Rindereinfuhr nach Deutschland, die jetzt an Stelle der Gefrierfleischeinfuhr treten soll, erfaßt minderwertige Tiere, die aus der Milchproduktion ausgeschieden und als Anfall verkauft werden. Die Qualität des dänischen Rindfleisches läßt sich mit der Qualität des argentinischen Gefrierfleisches nicht vergleichen. Die Regierung Brüning-Schiele glaubt daher, daß dieses minderwertige Produkt für die Aermsten der Aermen in Deutschland immer noch gut genug ist.

Hakenkreuzlerische Versammlungskrawalle

D. **Halle**, 12. April. (Eig. Funkspruch.) Im Regierungsbezirk Merseburg führt die SPD. augenblicklich eine Aufklärungskampagne gegen die Nationalsozialisten. Während in Sangershausen und in Eisleben die Versammlungen ruhig verliefen, kam es in Freyberg zu einem schweren Zusammenstoß. Der Gauleiter der Nationalsozialisten, Hinkler, ein früherer Lehrer, der wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit aus dem Staatsdienst entlassen werden mußte, sollte wegen Störungen aus dem Saal gewiesen werden. **Die Nationalsozialisten überfielen daraufhin mit Stöcken und Biergläsern die Landjäger.** Reichsbannerleute, die den Landjägern zu Hilfe eilen wollten, kamen mit den Nationalsozialisten in eine Schlägerei. Zwei Reichsbannerleute wurden schwer verletzt.

Der Versuch der Nationalsozialisten, in einer Versammlung im Freitagabend in Halle eine gleiche Störung durchzuführen, mißlang. Ein Trupp von etwa 150 Nationalsozialisten wurde von Reichsbannerleuten und Polizei aus dem Saal gewiesen. Die Versammlung konnte dann mit Ruhe durchgeführt werden.

Im Anschluß an eine Versammlung in Könnern bei Halle kam es ebenfalls zu einer wüsten Schlägerei zwischen einheimischen Arbeitern und aus Halle stammenden Nationalsozialisten. Bei der Durchsuchung des Lastwagens wurden Stuhlbeine, Dolche und sonstige Mordwerkzeuge gefunden. Die Gendarmerie fand ferner beim Absuchen der Chausseegräben verschiedene Revolver usw.

Abrüstung ist das nicht!

S. **London**, 11. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Flottenkonferenz geht ihrem Schlußakt entgegen. Der Juristenausschuß hat die Abfassung des Vertragsentwurfes in Arbeit. Am Montag sollen in öffentlicher Plenarsitzung die Berichte des Hauptausschusses über gewisse Detailfragen entgegengenommen werden. Am Donnerstag wird der Vertrag voraussichtlich in feierlicher Weise unterzeichnet werden.

Der Daily Herald, das Organ der Arbeiterpartei, schreibt dazu: „Die drei stärksten unter den Flottenmächten haben sich über die Festlegung und Begrenzung ihrer Kreuzer, Zerstörer und U-Boots-Flotte geeinigt. **Abrüstung ist das nicht. Es ist nicht einmal Herabsetzung der Rüstungen.**

Frankreich und Italien haben sich nicht geeinigt, aber sie werden die Konferenz nicht in feindseliger, sondern in freundlicher Stimmung verlassen. Es ist vollkommen klargestellt worden, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Italien das Hauptbindernis für die Umwandlung eines Dreimächtepaktes in einen Fünfmächtepakt sind. **Die Konferenz hat weder die Abrüstung zuwege gebracht noch den Frieden gesichert. Die Staatsmänner können nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Die Völker erwarten von ihnen einen großen Teil mehr als was die Konferenz zustande gebracht hat."**

Militärzug verunglückt

7 Tote, 37 Schwerverletzte

Paris, 11. April. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nähe von Besançon hat sich am Freitag ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein Militärzug, der aus dem Manöver heimkehrende Reservisten nach Belfort, Neubreisach und Kolmar bringen sollte, entgleiste kurz hinter Besançon. Die Lokomotive stürzte um; die nachfolgenden Wagen wurden wie eine Harmonika zusammengedrückt und gerieten in Brand. Vorerst wurden sechs Tote und 38 Verwundete geborgen.

Die Katastrophe wurde dadurch verursacht, daß der Lokomotivführer ein Haltesignal überfuhr und mit großer Geschwindigkeit über eine in Reparatur befindliche Strecke fuhr, so daß der Zug entgleiste.

Paris, 12. April. (Eig. Funk.) Die Zahl der Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe bei Besançon hat sich auf sieben erhöht. Einer der schwerverletzten Soldaten ist nach der Ueberführung ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Schwer verletzt sind 37 Soldaten.

*

Autobus vom Expreß zerschmettert - 20 Tote

Mexiko, 12. April. (Eig. Funkspruch.) **In der Nähe von Isleta (Neumexiko) ereignete sich am Freitag ein furchtbarer Zusammenstoß zwischen einem Ueberlandautomobil und einem Expreßzug, der 20 Autoinsassen das Leben kostete. Die restlichen acht Passagiere des Wagens wurden schwer verletzt. Der Autobus wurde von dem Expreß beim Ueberqueren eines Bahnübergangs mit voller Wucht erfaßt und vollständig zerschmettert. Infolge der Explosion des Benzintanks wurden die Trümmer des Wagens in Flammen gesetzt, so daß mehrere Opfer der Katastrophe**

Steuerjongleur Brüning

„Mit diesem Programm stehe und falle ich."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300412/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG